

Zahl der Unfälle soll halbiert werden

VERKEHR Mehrere tödliche Unfälle auf Fussgängerstreifen haben für Schlagzeilen gesorgt. Der Ständerat will nun auf Gesetzesebene Massnahmen treffen.

EVELINE RUTZ
eveline.rutz@luzernerzeitung.ch

Der Ständerat will die Zahl der Unfälle auf Fussgängerstreifen reduzieren. «Es braucht schweizweit einheitliche Sicherheitsstandards», sagt Peter Bieri (CVP, ZG). Viele Zebrastreifen seien schlecht signalisiert oder ausgeleuchtet. Bauliche Verbesserungen seien angezeigt. Im Rahmen der Via-Sicura-Vorlage ist der Ständerat gestern einem Vorstoss Bieris gefolgt und hat beschlossen, dem Bund mehr Kompetenzen einzuräumen. Er soll den Kantonen künftig nicht nur Vorgaben zur Markierung der Fussgängerstreifen, sondern auch zu baulichen Massnahmen machen können. Dies soll, wie Bieri betont, aber in Zusammenarbeit mit den Ständen geschehen.

Den Neuling abgestraft

Im Dezember war ein Antrag ähnlichen Inhalts im Nationalrat noch gescheitert. Matthias Aebischer (SP, BE) hatte erfolglos gefordert, dass bis Ende 2018 alle Fussgängerstreifen den bestehenden Normen der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachleute (VSS) anzupassen seien. «Einige wollten dem Neuling vom Fernsehen wahrscheinlich nicht so schnell zu einem Erfolg verhelfen», vermutet er. Mit 98 zu 83 Stimmen sei das Nein allerdings knapp ausgefallen. Dass sein Anliegen nun von einem CVP-Ständerat wieder aufgenommen worden ist, stimmt ihn im Hinblick auf die Debatte im Nationalrat zuversichtlich. «Wenn sich noch mehr Bürgerliche dafür aussprechen, dürfte es reichen», sagt das Vorstandsmitglied des Verbandes Fussverkehr Bern.

Ziel sei es, «die Zahl der Unfälle auf Fussgängerstreifen im Minimum zu halbieren». Von den 45 000 Fussgängerstreifen in der Schweiz entsprächen etwa die Hälfte nicht den VSS-Richt-



In Zukunft sollen Fussgängerstreifen in der Schweiz sicherer werden.

Pius Amrein/Archivbild

linien. Mit rund 200 Millionen Franken liesse sich dies beheben. Aebischer Vorstoss sei im Dezember von vielen als überhastet empfunden worden, sagt Bieri. Inzwischen habe ein Reifeprozess stattgefunden. Seine eigene Partei hatte dem Anliegen in der Grossen Kammer noch eine Ansage erteilt. Nun will sie es erneut eingehend diskutieren.

Die CVP könnte Ausschlag geben

Dass Handlungsbedarf bestehe, sei unbestritten, sagt Viola Amherd (CVP, VS), Vizepräsidentin der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF). Die Gemeinde sollten aber grundsätzlich selbst entscheiden können, was im Rahmen ihres Budgets sinnvoll und machbar sei. «Viele haben bereits gehandelt», sagt die Stadtpräsidentin Brigs. Dies anerkennt auch Aebischer: «Die

Sensibilität für das Thema hat deutlich zugenommen.»

Der Vorschlag des Ständerates sei schlicht nicht finanzierbar, kritisiert Markus Hutter (FDP, ZH), Präsident der KVF. Die Schweiz verfüge über vergleichsweise viele Fussgängerstreifen. Diese alle einem hohen Sicherheitsstandard anzupassen, würde Milliarden und nicht bloss 200 Millionen Franken kosten. «Man sollte einige Fussgängerstreifen aufheben und jene, die man hat, möglichst sicher ausstatten.»

Im Moment bestünden in der Via-Sicura-Vorlage zwischen den beiden Räten noch erhebliche Differenzen (siehe auch Kasten), stellt Hutter fest. Schliesslich werde man sich jedoch bestimmt entgegenkommen und einen Kompromiss finden. «Dass das ganze Projekt abstürzt, will sicher niemand.»

Ständerat bleibt bei Helmpflicht und Mindestalter für Velofahrer

VIA SICURA eru. Kinder bis zum vollendeten 14. Altersjahr sollen beim Velofahren einen Helm tragen müssen. Diese Haltung hat der Ständerat gestern bekräftigt. Der Nationalrat hatte sich im Dezember gegen ein Obligatorium ausgesprochen. Es sei Sache der Eltern, zu entscheiden, ob und wann sich ein Kind mit einem Helm zu schützen habe, lautete der Tenor.

Ebenfalls festgehalten hat die Kleine Kammer an einem Mindestalter von sieben Jahren, ab dem Kinder auf verkehrsreichen Strassen allein Velo fahren dürfen. Jüngere Kinder müssen zwingend von einer mindestens 16-jährigen Person begleitet werden.

Bluttest nicht als Normalfall

Für reichlich Diskussionsstoff sorgte die Frage, ob bei alkoholisierten Lenkern weiterhin auch eine Blutprobe gemacht werden muss, oder ob ein Atemtest ausreicht. Ein Verzicht auf eine Blutprobe sei aus wissenschaftlicher und polizeilicher Sicht problematisch, argumentierte Karin Keller-Sutter (FDP, SG), die einen entsprechenden Einzelantrag eingereicht

hatte. Die Gerichte verlangten juristisch verwertbare Beweise. Unumstösslich sei nur die Blutprobe, da sie sich dank der DNA auch zweifelsfrei einer Person zuordnen lasse. Den Atemalkoholmessgeräten sei nicht zu vertrauen. «Die Geräte zeigen bei mehrmaligen Messungen an derselben Person zum Teil frappante Unterschiede.»

Die Atemprobe sei praktisch in ganz Europa und auch in den Vereinigten Staaten der Normalfall, widersprach Peter Bieri (CVP, ZG). Die Geräte seien international zertifiziert. «Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass man auf der halben Welt ein falsches System hat.» Er vermutete hinter Keller-Sutters Vorstoss wirtschaftliche Überlegungen. «Es sind etwa 20 000 Proben, die gemacht werden müssen; mal 200 Franken ergibt dies einen schönen Betrag von 4 Millionen Franken.» Die Atemtests hätten die gewünschte Wirkung und reichten aus, meinte auch Bundesrätin Doris Leuthard. Mit 26 zu 15 Stimmen folgte der Rat ihrem Aufruf zu weniger Bürokratie und tieferen Kosten.

Waffen in 68 Länder exportiert

RÜSTUNG sda. Die Schweiz hat letztes Jahr für rund 873 Millionen Franken Kriegsmaterial exportiert. Das entspricht einer Zunahme um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist ein Rekord. Zu Buche schlägt vor allen der Verkauf von 25 Pilatus-PC-21-Trainingsflugzeugen im Wert von 258,1 Millionen Franken.

Ohne diesen Deal fiele das Volumen deutlich geringer aus, und es wäre kein Rekordjahr. Das Seco hielt laut einer Mitteilung fest, dass dieser Export normalerweise nicht dem Kriegsmaterialgesetz, sondern dem Güterkontrollgesetz unterliege.

Der Bundesrat habe diese Ausfuhr in die Vereinigten Arabischen Emirate «auf das Kriegsmaterialgesetz gestützt, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Flugzeuge in der Schweiz für die Aufnahme von Waffen modifiziert würden». Da die Flugzeuge unbewaffnet und ohne Modifikation für eine spätere Waffenaufnahme aus der Schweiz ausgeführt wurden, gehörten sie eigentlich nicht in die Statistik.

Waffenexport leicht gestiegen

An der gesamten Warenausfuhr hatte der Waffenexport im Jahr 2011 einen Anteil von 0,42 Prozent, wie das Seco weiter mitteilte. Im Jahr zuvor waren es 0,32 Prozent gewesen.

Die Schweiz exportierte Kriegsmaterial in 68 Länder. Neben den Emiraten waren Deutschland (240 Millionen) und Italien (57 Millionen) die Hauptabnehmer. Die Schweiz habe Kriegsmateriallieferungen nach Nordafrika sowie in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens «zurückhaltend bewilligt».

Kandidat im Internet gesucht

USA Die Organisation Americans Elect will einen überparteilichen Präsidentschaftskandidaten nominieren. Bestimmt wird der Herausforderer von Obama im Internet.

Eugene Zarwell lebte den amerikanischen Traum. Er machte Karriere, zuerst im Militär, dann im Zivilleben. Bloss mit dem Durchbruch in der Politik haperte es. Kandidaturen für diverse Wahlämter in seinem Heimatstaat Maryland scheiterten. Der 70-jährige PR-Fachmann lässt sich aber nicht beirren. Jüngst hat er seine Kandidatur für das höchste Staatsamt in den USA bekannt gegeben; auf seiner Internetseite verkündet er, dass Präsident Zarwell in Washington eine «loyale, ethische und moralische» Regierungsform wiederherstellen werde.

Für Auswahl sorgen

Um es vorsichtig zu formulieren: Zarwell hat geringe Chancen. In normalen Wahljahren würde sich der Konservative in die Reihe der aussichtslosen Präsidentschaftskandidaten einreihen, die im Schatten der beiden Anwärter aus den Reihen der Demokraten und Republikaner stehen. Doch dieses Jahr ist alles anders. Eine neu gegründete Organisation mit dem Namen Americans Elect 2012 hat sich nämlich zum Ziel gesetzt, im November für Auswahl zu sorgen – und den Boden für ein überparteiliches Präsidentschaftsticket zu bereiten, dem das Land wichtiger sei als das Parteibuch. Verkürzt gesagt: Die Organisation übernimmt für den Kandidaten die aufwendige, komplexe Auf-

bauarbeit und stellt sicher, dass er oder sie in allen 50 Bundesstaaten auf dem Wahlzettel zu finden sein wird. Das lässt sich die Gruppe einiges kosten. 22 Millionen Dollar an Spendengeldern sammelte Americans Elect bis Ende vergangenen Jahres. Zum Vergleich: Bis Ende Januar 2012 beliefen sich die Einnahmen des republikanischen Prä-



David Walker wird als möglicher Kandidat gehandelt

sidentschaftskandidaten Rick Santorum bloss auf 6,7 Millionen Dollar.

Ein virtueller Parteitag

Der Clou an Americans Elect: Nominiert wird der Präsidentschaftskandidat online, auf einem virtuellen Parteitag, der im Juni stattfinden soll. An dieser «Veranstaltung» darf als Delegierter teilnehmen, wer das amerikanische Wahlrecht besitzt und sich in einem aufwendigen Verfahren registrieren lässt. Angeblich ist das Interesse gross. Bereits sollen mehr als 450 000 Menschen Americans Elect ihre Unterstützung versichert haben.

Den Skeptikern allerdings klingt dies alles zu idealistisch. Sie fragen sich, welche Ziele Americans Elect wirklich

verfolgt. Und sie weisen darauf, dass der eigentliche Kopf der Organisation der superreiche Investor Peter Ackerman ist – der Americans Elect bisher mit 5 Millionen Dollar unterstützt hat und als leitenden Geschäftsführer seinen Sohn Elliot installierte. Kritiker behaupten deshalb, Americans Elect sei nichts weiter als ein politisches Vehikel reicher Financiers, deren Namen aufgrund der Organisationsform von Americans Elect geheim bleiben.

Kandidat gefunden

Angeblich hat dieser feine Zirkel auch bereits einen Kandidaten gefunden: David Walker, Präsident des amerikanischen Rechnungshofes von 1998 bis 2008. Der «New York Times»-Kolumnist Thomas Friedman nannte Walker kürzlich einen «intelligenten Unabhängigen», der mit vernünftigen Lösungsansätzen das Hickback zwischen Demokraten und Republikanern beenden könnte. Diese Lobeshymne brachte den «Washington Post»-Kolumnisten Harold Meyerson derart auf die Palme, dass er Walker wenige Tage später den «Kandidaten der Wall Street» nannte – nicht gerade ein Erfolg versprechender Slogan.

Dieser Meinung scheinen auch die Americans-Elect-Aktivistinnen zu sein. Walker befindet sich auf der Popularitätsrangliste der Organisation derzeit auf dem 19. Rang, mit 111 Unterstützern – abgeschlagen hinter derart unterschiedlichen Persönlichkeiten wie dem Komiker Jon Stewart (330), Präsident Barack Obama (974) und dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Ron Paul (3098). Eugene Zarwell übrigens rangiert ganz am Ende der langen Liste. Er hat bloss einen einzigen Unterstützer.

RENZO RUF, WASHINGTON
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Tiefenbach und Eigenthal geprüft

red. Insgesamt sind in der Schweiz 32 Armeeunterkünfte laut Militärdepartement geeignet, Asylbewerber unterzubringen. Welche Truppenunterkünfte auf ihre Tauglichkeit geprüft wurden, will das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zurzeit zwar noch nicht sagen. Doch «10 vor 10» lag gestern eine Liste vor, die zeigt, welche Armeeunterkünfte die Militärlogistiker für die Beherbergung von Asylbewerbern geprüft haben. Auf dieser Liste, datiert vom 23. Februar, bezeichnet das VBS 32 Unterkünfte als «denkbar». So zum Beispiel die Gebirgsunterkunft Tiefenbach im Kanton Uri oder das Truppenlager Eigenthal im Kanton Luzern.

ANZEIGE

Mit dem modernen ICN-Extrazug täglich an den Auto-Salon – Luzern ab 7.55 Uhr.